

der parlamentarischer Repräsentation zu finden, kann als Erklärung nicht ausreichen. Schließlich stehen diese autoritären Einstellungsmilieus doch dem Pluralismus moderner Demokratien ohnehin eher ablehnend gegenüber. Überraschend bleibt, dass die NPD hier keinen Zugang findet, obwohl sie doch den machtpolitischen Gegenentwurf zur mitunter verhassten deliberativen parlamentarischen Demokratie vorlegen will. Die Diskrepanz zwischen Einstellung und konkretem (Wahl-)verhalten bleibt für die Fachdebatte nach wie vor ein zentrales Thema.

Fragwürdig ist auch, warum *Botsch* auf einen eigenen Abschnitt über die virtuelle Agitation der modernen Nazis verzichtet. Die einflussreiche Internetseite „Altermedia“ („Störtebecker-Netz“) wird lediglich einmal erwähnt. Dabei bietet gerade das Internet der extremen Rechte ein neues Forum zur Vernetzung und Propaganda. Medienwirksame Auftritte wie zum Beispiel die spontanen Demonstrationen der „Unsichtbaren“ sind ohne Internet gar nicht denkbar. Die Strategie der „Freien Netze“ in Bayern und Sachsen wäre jedoch in der jetzigen Form ohne das Internet nicht möglich. Die extreme Rechte, die *Botsch* beschreibt, ist weitgehend die extreme Rechte der Gutenberg-Galaxis mit ihren konventionellen Diskussionszirkeln, Periodika und Papieren. Ein Desiderat fällt zudem auf: Die Rolle der Frauen im modernen Rechtsextremismus wird denkbar knapp abgehandelt, obwohl hier bereits mehrere aufschlussreiche Forschungsergebnisse vorliegen.

Einwände dieser Art ändern nichts an dem positiven Gesamturteil, dass die vorliegende Einführung als überaus kompetente Überblicksdarstellung einen hohen Gebrauchswert hat. Zeittafeln,

eine Auswahlbibliographie, ein Personenregister sowie ein Register der erwähnten Organisationen, Verlage und Periodika machen aus „Die extreme Rechte“ zudem ein nützliches Nachschlagewerk, das sich bestens für Hochschulseminare eignet und darüber hinaus auch einer nicht-akademischen Leserschaft kompaktes Basiswissen bietet.

Richard Gebhardt

### Sammelrezension

Gast, Hendrik: *Der Bundeskanzler als politischer Führer. Potentiale und Probleme deutscher Regierungschefs aus interdisziplinärer Perspektive.*

Wiesbaden. VS Verlag für Sozialwissenschaft 2011. 396 Seiten. 49,95 €.

Klecha, Stephan: *Bundeskanzler in Deutschland. Grundlagen, Funktionen, Typen.* Opladen u.a. Barbara Budrich 2012. 266 Seiten 24,90 €.

„Does“ politische Führung, im US-amerikanischen Kontext „leadership“, auch im parlamentarischen System der Bundesrepublik „matter“? In der gegenwärtigen Eurowährungskrise, verbunden mit einer entscheidenden finanziellen Rolle Deutschlands auf den zahlreichen Gipfeln, ist viel von Krisenmanagement durch Angela Merkel, damit einer Renaissance der Kanzlerdemokratie die Rede. Im Kontext der europäischen Mehrebenendemokratie wird auch durch den Faktor Zeit der Topos der Chefsache virulent, etwa die Disziplinierung von Kabinett und Fraktion, welche mit europäischen Bedürfnissen begründet wird, etwa mit der Diktion „Scheitert der Euro, scheitert Europa!“. Dadurch, dass der Bundespräsident im politischen System der

BRD in erster Linie Exekutivfunktionen wahrnimmt, fällt der Blick auf den Bundeskanzler als Chef der Exekutive. Wie es wirklich um politische Führung bestellt ist, versuchen zwei Bücher aus unterschiedlicher Perspektive zu ergründen. Gemein ist ihnen, die strukturellen Handlungsressourcen und -restriktionen eines Bundeskanzlers mit den konkreten Persönlichkeitsmerkmalen zu verknüpfen, mit einem subjektiven Faktor anzureichern. *Gast* versucht, „interdisziplinär angelegt“, „den Faktor Persönlichkeit für die politikwissenschaftliche Analyse fruchtbar zu machen“ (14). *Klecha* wählt hingegen den historisch-deskriptiven Zugriff, ohne großartig die von *Gast* angeregte Theoriebildung im Bereich der politischen Führung oder auch die Spannung zwischen Kanzlerdemokratie (Karlheinz Nieclauß) und der Gegenthese von der Koordinationsdemokratie (Wolfgang Jäger) zu bemühen. Sein Stil erinnert dabei sehr an Franz Walter, an dessen Göttinger Institut für Demokratieforschung er beschäftigt ist. Beide Werke sind unterschiedlich angelegt: *Gasts* Studie, als Dissertation eine Qualifizierungsschrift, unternimmt eine eigenständige Theoriebildung im Bereich der politischen Führung, die er empirisch durch 25 leitfadengestützte, anonymisierte Tiefeninterviews mit aktiven beziehungsweise ehemaligen Parlamentariern aus CDU/CSU, SPD, FDP und den Grünen absichert. *Klecha* wiederum intendiert ein leicht verständliches und damit studentennahes Lehrbuch, das die „biographische Ebene [der Kanzlerschaften] mit der analytischen verbindet“ (13).

*Gast* unterteilt seine Studie in fünf Abschnitte. Zuerst hinterfragt er das Konzept der politischen Führung, wo er die Anforderungen an einen Regie-

schef ebenso objektiviert wie die Handlungsarenen: Kabinett, Koalition, Partei, Fraktion und Öffentlichkeit. Sein Gesprächsleitfaden ist auf bis zu 45 Minuten angelegt und bezieht sich vor allem auf die Erwartungshaltung der Parlamentarier an der Führung durch den Bundeskanzler. Die weiteren Teile des Buchs behandeln dann die strukturellen Kontextbedingungen von Führung inklusive Veto- und Störpotentiale, politische Führung im langfristigen wie im kurzfristigen Zeithorizont, um am Ende die darauf aufbauenden Ergebnisse zu präsentieren. *Gast* geht dabei sehr systematisch vor, etwa, wenn er die Erwartungen an den Bundeskanzler aus den unterschiedlichen kommunikativen Situationen ableitet: Grußwort bei einer öffentlichen Veranstaltung, Redebeitrag in Entscheidungsgremien, vor allem im Kabinett, Redebeitrag in Fraktion oder Parteivorstand, Reden auf Parteitag oder im Festzelt, Regierungserklärung, Fernsehdiskussion oder das vertrauliche Gespräch. Letzteres, häufig ein Vieraugengespräch, charakterisiert sich durch ein „offene Gesprächssituation“, den „Austausch über Gefühle und persönliche Sichtweisen“, „längeres Dozieren wird negativ sanktioniert“, „rollentypische Förmlichkeiten werden abgelegt“ (99). Dabei versucht *Gast*, die politische Wirklichkeit zu beschreiben. Dazu gehört, etwa auf narzisstische Aspekte und den Machtwillen wie -instinkt, aber auch die Fähigkeit zur Netzwerkbildung einzugehen – Attribute, die dem politischen Weg nach ganz oben durchaus zunutze sind beziehungsweise ohne die ein solcher kaum gelingen kann. Hilfreich sind hier die Aussagen der Parlamentarier, etwa über Helmut Kohl. Ein SPD-Ausschussvorsitzender äußert, dass prak-

tisch-intuitive Intelligenz eine große Rolle spielen: „Naja, es müssen keine Intellektuellen sein, aber Intelligenz im Sinne von ‚klug sein‘ oder ‚Instinkt haben‘, Sachen unmittelbar begreifen“ [...] – das ist wichtig, glaube ich“ (168). Im gleichen Zusammenhang meint ein Parlamentarischer Staatssekretär der CSU: „Also welchen IQ er [Kohl] hatte, das weiß ich nicht. Aber sie wissen doch selber, dass [es] unglaublich viele Leute, speziell in der Wissenschaft gibt, die hoch intelligent, aber ungeeignet fürs Leben sind. Und der [Kohl] war ein Praktiker!“ (ebd.). Diese empirisch hergeleitete Authentizität gibt der Studie eine ungemeine Würze, da *Gast* die Aussagen in seine jeweiligen Untersuchungsteile eingliedert. *Gast* kommt am Ende zu bedenkenswerten Folgerungen: „Regierungschefs sind eher in der Lage, strategisch und taktisch vorzugehen, wenn sie über Fähigkeiten zum Selbstmanagement verfügen und ihre inneren Impulse kontrollieren können“ (336). Die Möglichkeiten, wie etwa besonders unter Gerhard Schröder, „mit einem ‚Machtwort‘ die eigenen politischen Ziele durchzusetzen, sind vor allem in langfristiger Perspektive als gering einzuschätzen“ (54). Schon vorher belegt er diese Einschätzung mit einer Aussage in bezug auf die Rücktrittsdrohungen Schröders: „Das nimmt man ihm übel, weil man sich selbst halt unnötig unter Druck gesetzt fühlt. Es finden keine echten Entscheidungsprozesse mehr statt, sondern es ist dann nur noch abverlangte Gefolgschaft“ (307). Anders geht *Klecha* vor. Er verarbeitet die Aussagen und Urteile anderer Beobachter, Journalisten oder Wissenschaftler, um sämtliche Bundeskanzler, von Konrad Adenauer bis Angela Merkel, einordnen zu können. Mitunter

gibt er eine Authentizität vor, die Quellenmäßig nicht abgesichert ist. Über Adenauers Ende etwa urteilt er frank und frei: „Der fast 86 Jahre alte Kanzler wirkte nur noch alt, verknöchert, gestrig“ (51). Freilich ist die Abhandlung der Bundeskanzler als eine solche zu verstehen, nicht als eigenständige, innovative Forschungsleistung im Sinne von *Gast*. Mitunter gleitet die Studie, in der sich stilistisch Flüchtigkeitsfehler mischen, auch ins phrasenhafte ab. Ein keineswegs gesuchtes Beispiel verdeutlicht dies: „Bundeskanzler müssen [...] noch viel stärker als früher Außen- und Innenpolitik miteinander verbinden. Besonders die Europapolitik hat sich zu einem Zwischenfeld von Innen- und Außenpolitik entwickelt. Nun bedarf es in diesen Arenen sehr unterschiedlicher Fähigkeiten, um erfolgreich zu sein. Die Qualitäten eines Kanzlers in der Außenpolitik können sich schon mal als Schwachpunkte in der Innenpolitik erweisen und umgekehrt“ (246). Belege und konkretere Implikationen sucht der Leser vergeblich. Die Porträts der Kanzler sind nur lose miteinander verkoppelt und lassen auch die Folgerungen am Ende dünn erscheinen.

Beide Studien indizieren die neueren Impulse wie den Forschungsbedarf der politikwissenschaftlichen Regierungsforschung. *Gast* kommt der Verdienst zu, mit einem ambitionierten, interdisziplinär angelegten Forschungsansatz Pionierarbeit betrieben zu haben. Wer sich mit politischer Führung über Deutschland hinaus und strategischen Potentiale der Exekutiven auch aus Perspektive der Parlamentarier beschäftigt, kommt an seinen Vorarbeiten nicht vorbei. Auch sprachlich genügt die Studie höchsten Ansprüchen. *Klechas* Werk eignet sich als bedingt

einsetzbares Lehrbuch, das etwas (zu) flott verfasst wurde.

*Florian Hartleb*

Gerlach, Julia. *Die Vereinsverbotspraxis der streitbaren Demokratie. Verboten oder Nicht-Verboten?* Baden-Baden. Nomos 2012. 570 Seiten. 89,00 €.

Das Vereinsverbot ist zwar nicht das schärfste Schwert der streitbaren Demokratie, dafür aber das meist genutzte. In der Bundesrepublik Deutschland, wo bisher über 140 Vereine – davon 61 nach der Wiedervereinigung – zwangsaufgelöst wurden, verwundert dies, denn die Demokratie sitzt hier fest im Sattel.

Julia Gerlach fragt daher nach den Faktoren, welche die Verbotspraxis seit 1990 beeinflussen. Nachdem sie die historischen wie normativen Wurzeln der deutschen wehrhaften Demokratie und ihrer Instrumente beleuchtet, kommt die Autorin auf die bisherigen Verbotsphasen zu sprechen. Sie macht derer drei aus (130f.). Geprägt seien sie von am Legalitätsprinzip ausgerichteten Verfahren der Länder (1949 bis Inkrafttreten des Vereinsgesetzes 1964), von einem Rückgang der Verfahren aufgrund des Opportunitätsprinzips unter Federführung der Bundesinnenminister (1964 bis 1990), sowie schließlich von einem Anstieg der Verbote unter Einschluss islamistischer Vereine (1990 bis heute). Darüber hinaus typologisiert Gerlach die Praxen entsprechend ihrer Häufung nach Verbotsphase (keine Verbote), Verbotswelle (sehr viele Verbote), Verbotsfluss (sehr wenige Verbote) und isolierte Einzelmaßnahmen (131-137). Einer überblicksartigen Analyse der drei Verbotsphasen in Deutschland schließt sich eine detaillierte Aufschlüs-

selung der Verfahren gegen extremistische Vereine und eine Auflistung ausgewählter nicht-verbotener Organisationen seit 1990 an. Die Unterteilung linksextremer Organisationen nach ihrer Herkunft übernimmt Julia Gerlach, die sich einer demokratietheoretischen Tradition verpflichtet fühlt, unnötigerweise vom Verfassungsschutz. Die Berücksichtigung von Nicht-Verboten wiederum gereicht der Studie zum Vorteil, denn auch der Entschluss, ein Verbot nicht anzustrengen, gehört zur Verbotspraxis. Wer ihn ausklammert, lässt ein wesentliches Charakteristikum außer Acht. Leider spart die Autorin hier Erklärungen aus, konzentriert sich auf eine bloße Darstellung der nicht verbotenen Organisationen, wobei sie sich hier ebenfalls an den Verfassungsschutzberichten orientiert.

Den wissenschaftlichen Löwenanteil der Arbeit machen die Kapitel aus, in denen die Autorin diejenigen politischen Motivlagen untersucht, die über Verboten oder Nicht-Verboten entscheiden: Dies seien erstens der Demokratieschutz, der von der Risikoperzeption der verantwortlichen Politiker geleitet wird, sowie zweitens das Spiel in der politischen Arena. Hier tritt der akteurszentrierte Blickwinkel der Autorin deutlich zutage, der sie von der Vielzahl systemischer Betrachtungen des Demokratieschutzes abhebt.

Aus der Risikoperzeption der entscheidenden Politiker ergebe sich ein variierendes Verhältnis gegenüber verschiedenen Formen des Extremismus. Als Indikatoren für Verbote rechtsextremer und – mit Abstrichen – islamistischer Vereine würden von den Ministerien in erster Linie „eine spezifische, aggressive extremistische Ideologie“ sowie die „Verletzung grundlegender Werte“ zurate gezogen, beim Linksextremismus „Gewalt